# Mediendienst

Stuttgart, 19. September 2023

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

## Goll: Landesregierung muss den Ernst der Lage endlich realisieren

Strafrechtliche Aufarbeitung der Ausschreitungen ist kein Verdienst, sondern in einem Rechtsstaat unablässig.

---

Zur heutigen Regierungspressekonferenz, die sich im Kern mit den Ausschreitungen vom vergangenen Wochenende befasste, äußert sich **Julia Goll**, innenpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP-Fraktion, wie folgt:

„Es ist völlig inakzeptabel, dass der Ministerpräsident darauf beharrt, es habe keine Anhaltspunkte für derart heftige Ausschreitungen gegeben. Unter anderem die deutsche Polizeigewerkschaft hat vor Ausschreitungen gewarnt, die Vorfälle aus Gießen sollten allen noch gut in Erinnerung sein.

Die Landesregierung und die Sicherheitsbehörden müssen hier endlich den Ernst der Lage erkennen und beispielsweise am nächsten Wochenende für den Fall der Fälle deutlich besser aufgestellt sein.

Eine strafrechtliche Verfolgung der Taten ist ebenfalls kein Verdienst oder Nachweis einer besonderen Handlungsfähigkeit des Staates, sondern eine rechtsstaatliche Mindestanforderung, die man nicht zuletzt den verletzten Polizistinnen und Polizisten schuldig ist.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de